versprach sich — irrtümlich zwar, doch unzweifelhaft! — in ausgedehnten Selbstbestimmungen ungeheure Wirkungen von weltgeschichtlicher Tragweite; Arco befestigte eine „unliebsame" Persönlichkeit, die seinem Stand unbequem wurde, und vermochte weder Gedanken noch Besonnenheit nachzuweisen, mußte sich vielmehr mit der allgemeinen, unnachprüfbaren Phrase von „vaterländischen Motiven" begnügen. Dort ein terend-ernster Mann, hier ein leichtfertiger dummer Mensch! Das sind wertbare Verschiedenheiten.

Wie unaussprechbar kläglich nehmen sich neben einem Friedrich Adler die bezahlten Jüngelchen aus, die heute in Deutschland ein Lebrecktes Leben hurengleich von Prostitution ihrer Person und Moral fristen? Ich habe einen der Mörder Rathenaus gekannt; als öder und plumper Dummkopf, knapp zum Alphabet des öffentlichen Lebens befähigt, ist er mir in Erinnerung. Das ganze Gebaren dieser vier Burschen, oder der Erzberger-Mörder, wie kraß deuten es hin auf verantwortungsloses Draufloß, auf die kindische Phrasenlogik wohllebiger Sekten- und Geheimbündler-Ueberheblichkeit, auf die innere Anmaßung der Dummheit und der selbstbetrügerischen Genußgier.

•

Was alles dieses besagen soll, ist einfach genug. Unser analytisches, Sachverhalte aufspaltendes Denken hält nur mühsam daran fest, den Mord schlechthin zu verurteilen. Die Versuche bedeutender Denker, wie etwa Poppers, das Leben als absolut höchstes Gut zu erweisen, scheitern an der Vielspältigkeit modernen Denkens. Wir fühlen uns ehrlich gedrängt, in jedem Fall das Ziel, noch weit mehr aber die Gesinnung einer Tat zu erkunden, und danach richten wir.

Läßt Bestochenheit einen geldgierigen, wohllebigen Charakter erkennen, so urteilen wir ab. Lassen die Verhältnisse erkennen, daß das Ziel phrasenhaft aufgestellt, undurchdacht, geringfügig war, so fühlen wir uns zu harter Vergeltung berechtigt. In diesem Zusammenhang begegnen uns die „edlen Motive", welche die deutsche Justiz neuerdings zur Entschuldigung ihrer Justizmorde und Massenurteile verwendet. Es seien „echt vaterländische Beweggründe" im Spiel, so heißt es da in einigen Fällen. Wir verlangen jedoch, daß nicht jeder phrasentrunkene Dümmling solcher Art mit der Weihe eines Harmodios oder Aristogeiton umkleidet werde. Damit wird wie durch nichts andres offiziell dem Wahnsinn und der Korruption Tür und Tor geöffnet. Jeder Zuhälter kann sich darauf hinausreden, er habe sein Mädchen, dieses arme Opfer der Gesellschaft, ritterlich vor dem geilen Lüstling schützen müssen. Und das wäre gewiß ein „edler Beweggrund"! Eine belangvolle Zielsetzung muß verantwortlich durchdacht und weitschauend begründet sein, nicht nur im Revolutionärer Phrasen local erprobten! Das unterscheidet Adler von Arco, Tschow oder Hellinger, daß er weltgeschichtlich dachte und dies erwies! Das und vieles andre.

Schon die Häufung der Fälle aber beweist, wie schwach es um die Beweggründe der Nationalisten von heute bestellt ist. Niemals gibt es Dutzende von weltgeschichtlichen Persönlichkeiten gleichzeitig, deren Ermordung als notwendig im Sinne eines verantwortlich durchdachten Zieles erwiesen werden könnte. So ausschlaggebend ist im Jahrzehnt manchmal eine (manchmal auch keine!) Persönlichkeit, daß ihre Ermordung überhaupt auch nur von erheblicher Tragweite werden könnte. Von allen Opfern dieser Zeit war einzig Rathenau so bedeutend, daß seine Ermordung weltgeschichtliche und nationalgeschichtliche Folgen von Tragweite hatte. Und sie schlug zum allerschwersten Schaden für die Gesamtheit aus. Die Ueberlegungen seiner Mörder, wenn sie überhaupt welche anzustellen fähig gewesen wären, wären dadurch allein schon als unzureichend erwiesen!

•

Was aber dient zur endgültigen Beurteilung des politischen Mordes übrig? Diese ethische Frage ist nicht dadurch zu beantworten, daß wir den verantwortlichen vom unverantwortlichen Mord trennen. Das ist um der Sachlichkeit der Urteilsfindung notwendig — aber Mord bleibt zuletzt Mord.

Zunächst sei eins hervorgehoben. Da jede Tat, einmal geschehen, dazu herausfordert, sie zu wiederholen, da auch Mörderei „ansteckend" wirkt, wie wir sehr genau beobachten, da die menschliche Gemeinschaft ferner wohl einen vereinzelten Mord überstehn, aber wesenskrank, krebsgiftet wird, wenn Mord zur stehenden Einrichtung wird, so ist allermindestens schwere Sühne des Mordes eine absolute Notwendigkeit. Friedrich Adler hat gesühnt, er hat die Strafe auf sich genommen, und die Geistesverwandten unsrer nationalistischen Mordkamarille können von ihm Märtyrergesinnung lernen. Vielleicht sind uns heute nicht einmal die furchtbaren Mordtaten so gefährlich, wie es deren häufige Ungesühntheit ist. Die Lockerung der Verfolgung, das allgemeine Entschuldigen, das milde Bestrafen der Mörder sind ein schweres Verbrechen und wirken ebenso fürchterlich wie das Morden selber.

Aber auch diese sozialpsychologische und sozialtechnische Erwägung ist ethisch nicht entscheidend. Es handelt sich nicht allein um Folgen und Zusammenhänge, sondern um absolutes Recht oder Unrecht! Da stehen zwei Meinungen einander gegenüber. Die einen sagen: Alle Rechtsetzung ist ein gewisser, obzwar unentbehrlicher Zwang und kann zum unsittlichen Zwang werden; gegen diesen aber wendet sich der Mensch mit dem letzten Recht des Menschen und seines Freiheitstriebes, dem der Notwehr; Tell! Die andern: Mindestens muß noch die Bedingung erfüllt sein, daß nur die Notwehrtat, sie einzig und allein, die verfahrenen Zustände aufdecken und umwandeln kann, daß es keinerlei Rechtswege und Rechtsmittel mehr gibt; mindestens darf keiner zu früh nach den „ewigen Rechten" greifen, erst dann, „wenn der Bedrückte nirgends Recht mehr findet", wenn alle Mittel andrer Wirkung erschöpft sind. Dennoch, auch dann ist der Mord zu verwerfen! Es gibt kein „ewiges Recht", wenn damit Mord begründet werden soll! Die menschliche Gemeinschaft kann ihn ohne Vergiftungsgefahr nicht ertragen, darum darf sie ihn nicht ertragen; auch nur der Gedanke, der die Rechtfertigung des Mordes umspielt, ist schon Vergiftung.

•

So stehen sich eine scharfe Ablehnung und eine mehr verstehende und geneigte Ablehnung gegenüber. Nirgends und keineswegs aber wird eine umfassende und reife Welt- und Lebensanschauung zu einer Rechtfertigung des politischen Mordes in vollem Umfang kommen. Auch die beiden gegnerischen Ablehnungen gehen zuletzt einiger, als sie sich oft aussprechen. Denn was heißt „letztes", was heißt „Notwehr"-„Recht"? Es heißt: Unrecht, das geschieht, weil rechtswidrige Verhältnisse es nahelegten und aufzwangen. Unrecht! nicht Recht! Es „geschieht" aus dem Opferwillen eines Menschen, der es „auf sich nimmt". Daß Tell mordet, begründet Schiller aufs eingehendste und sorgfältigste aus den Verhältnissen, und dadurch bewirkt er eine entschuldigende Stimmung. Uebrigens ermordet er nicht nur den Gegner, sondern das „Schicksal", den widerlichen Tyrannen seines Landes. Daß Tell gefeiert wird, ist eine Handlungsweise, die allein aus Massenrausch und unverantwortlichkeit hervorgeht; das kann auch das Notwehr-Recht Unrecht nicht in wahres Recht verwandeln. Wäre er ein Mensch von Tiefe der Einsicht und Weltanschauung, so würde er sein Leben lang am Bewußtsein seiner Tat zu tragen haben und deren Sühne selber suchen. Und so gibt auch der Notwehr-Theoretiker zu, daß in letzter Instanz der Mord menschlich untragbar ist. Gegenüber der radikalen Ablehnung macht er Umstände geltend, welche diese leicht übersieht und praktisch übergeht. Aber auch er „rechtfertigt" den Mord nicht, sondern erkennt nur in seltenen Fällen darin das Wirken größten Schicksals durch Menschenhand, des Schicksals, das zuweilen eben stärker und größer ist als alles Menschenrecht.

Mit alledem haben die Mord-, Hoch- und Landesverrats-Gesetze unsrer Rechts- und Verfassungsordnung nichts zu tun. Es sind organisierte Bestialitäten verführter Tollhäusler oder politischer Lausejünglinge, und die Rechtsparteien im Reichstag sollten sich schämen, die Anpreisung dummer und bezahlter Mörderer mit dem Hinweis auf den Pistolenschuß eines Martyrers und ringenden Menschen abschwächen zu wollen.

Volksbegehren zur Aufwertung

Die Aufwertungsverbände haben am Sonntag im Reichstage beraten und den Beschluß gefaßt, grundsätzlich ein Volksbegehren wegen Aenderung der Aufwertungsgesetze und der Durchsetzung der Bestschen Entwürfe herbeizuführen. — Für ein solches Volksbegehren würde nach Artikel 73 Absatz 2 der Weimarer Verfassung der Aufwertungsverband 3,9 Millionen Stimmen vereinigen müssen. Gleichzeitig müßte ein fertiger Gesetzentwurf mit vorgelegt werden. Dieser Gesetzentwurf würde, falls die 3,9 Millionen Stimmen auf ihn vereinigt werden können, dem Reichstage vorgelegt werden, der zunächst darüber zu beraten und abzustimmen hätte. Wenn das Gesetz im Reichstage abgelehnt werden würde, was bei der gegenwärtigen Haltung der Regierungsparteien zu erwarten ist, könnte ein Volksentscheid über den Gesetzentwurf verlangt werden. Die Annahme des Gesetzentwurfs würde aber eine Mehrheit von mindestens 20 Millionen Stimmen erforderlich machen.

Die Rechtspresse höhnt über die Bestrebungen wie folgt: „Diese 20 Millionen Stimmen sind von den Aufwertungsverbänden auch im Verein mit der Sozialdemokratischen Partei nicht aufzubringen, solange die Regierungsparteien auch nur einen Teil ihrer Anhänger auf eine Parole der Stimmenthaltung vereinigen könnten. Uebrigens wäre es zunächst grundsätzlich fraglich, ob ein Volksbegehren und ein Volksentscheid über Aufwertungsfragen stattfinden kann, da nach Absatz 3 des Artikels 73 der Weimarer Verfassung für Angelegenheiten des Haushalts, der Besoldung und der Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann. Sollte eine Mehrheit des Reichstags verfassungsmäßig entscheiden, daß auch die Aufwertungsgesetze unter das Kapitel Abgabengesetze gehören, was immerhin möglich ist, so würde ein Volksbegehren nicht stattfinden können, nachdem der Reichspräsident die Aufwertungsgesetze unterzeichnet hat."

Der überparteiliche Reichspräsident

D. Berlin, 28. Juli. (Eig. Funkspruch.) Die Deutsche Zeitung dementiert mit großem Eifer eine Meldung demokratischer Zeitungen, nach der Hindenburg dem Genossen Scheidemann zu seinem 60. Geburtstage Glückwünsche übermittelt haben soll. Wie konnte man auch nur so töricht sein anzunehmen, daß der „überparteiliche" Reichspräsident einem Sozialdemokraten, der sich um Deutschlands Schicksal größere Verdienste erworben hat, als die ganze Gesellschaft der am 9. November 1918 feige geflüchteten Deutschnationalen zusammen, gratulieren würde. Wenn der frühere Reichspräsident die Politiker ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung bei solchen Anlässen beglückwünscht hat, so war das eben ein Zeichen dafür, wie richtig er die Funktionen des Reichspräsidenten aufgefaßt hat. Hindenburg kann natürlich nur im Geiste der preußischen Gamaschenknöpfe denken, die Sozialdemokraten in die Kategorie der „Landesverräter" einreihen. Unter diesen Umständen kann Genosse Scheidemann und die Sozialdemokratische Partei stolz darauf sein, daß Hindenburg von einem Glückwunsch abgesehen hat.

Steuerreform für die Reichen

Die unsozialen Steuern — Erleichterungen für den Besitz — Neue Lasten für die Arbeiter
Die Sozialdemokratie brandmarkt die Interessenpolitik der Rechtsparteien

Deutscher Reichstag

108. Sitzung. Montag, 27. Juli

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um ½3 Uhr. Er widmet dem gestern verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Eichhorn einen herzlichen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der

Steuervorlagen.

Im Namen der Regierungsparteien gibt Abg. Dr. Oberfohren (Dnat. Vp.) eine gemeinsame Erklärung ab des Inhalts, **die Regierungsparteien hätten sich trotz schweren Bedenken gegen Einzelheiten der Gesetze entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen.** Die Belastung der Wirtschaft und der einzelnen Steuerzahler sei zwar geradezu unerträglich hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Reparationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu. An das Ausland müsse die dringende Mahnung gerichtet werden, den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten nimmt. Besonders schmerzlich sei es den Parteien, daß die Finanzlage des Reiches einen starken Abbau der Umsatzsteuer nicht erlaubte. Die Regierungsparteien hätten den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Verstärkung des Kinderprivilegs. Trotz allen Bedenken im einzelnen stimmten die Regierungsparteien den Vorlagen zu in der Erwartung, daß auch sie helfen werden zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Die Erklärung meines Vorredners im Namen der fünf Regierungsparteien hat keinen Zweifel darum gelassen, daß auch sie die Regelung, die sie in 32 Sitzungen gefunden haben, nur mit schweren Bedenken betrachten können. Unsre Bedenken sind viel stärker. Ein großer Teil der Beratungen hat sich nicht im Steuerausschuß, sondern in geheimen Verhandlungen abgespielt. Sie dürfen nicht dazu führen, **daß die parlamentarischen Instanzen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden** (Sehr richtig! bei den Soz.), und daß sich daraus

ein Geheimparlamentarismus

entwickelt. Mehrfach sind Gesetzentwürfe der Regierung plötzlich durch ganz neue Vorlagen ersetzt worden, ohne daß sie zuvor der öffentlichen Diskussion unterbreitet worden wären. Die Folge davon sind Beschlüsse gewesen, von denen selbst der Abg. Oberfohren sagen mußte, daß sie jetzt nur durch das Plenum einer Aenderung bedürfen.

Eine der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gerecht werdende Steuerreform hat eine doppelte Aufgabe: **erstens, den Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften sicherzustellen, zweitens, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern,** soweit das mit steuerlichen Maßnahmen möglich ist. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat zur wichtigsten Voraussetzung die

Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen

des Volkes, die Erhöhung der Produktivität der gesamten deutschen Volkswirtschaft, und zwar durch Vermeidung aller Steuerformen, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen und die künstliche Hochhaltung der Preise im Innern ermöglichen. Deshalb verlangen wir zuerst,

daß die Belastung des Lohneinkommens verringert wird,

die Verbrauchssteuern niedrig gehalten werden und ein schneller Ausbau der Umsatzbesteuerung erfolgt. Der dadurch notwendige Ausgleich der Ausfälle ist durch angemessene Festsetzung der Einkommen und Körperschaftssteuer bei großen Einkommen durch höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, durch Besteuerung der Geldentwertungsgewinne, vor allem aber durch die Hebung der Steuermoral mittels **der Offenlegung der Steuerlisten und einer weitgehenden Buch- und Betriebsführung zu erreichen.** (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die Vorlagen beruhen auf genau den entgegengesetzten Erwägungen und wollen nicht wie wir den Schwachen, sondern zuerst den Leistungsfähigen schonen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die neuen Gesetze lassen außer acht, daß die Schwierigkeiten in unsrer Wirtschaft nicht ein dauernder Zustand sein werden, daß ferner nur ein Teil der deutschen Wirtschaft unter Gewinnsenkungen leidet, ein andrer Teil aber eine außerordentlich starke Blüte zeigt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß ein wichtiger politischer Umschwung sich vollzogen hat, der im schroffsten Gegensatz zu dem steht, was bis in die allerjüngste Zeit hinein von den Parteien der Rechten vertreten wurde. Ueber Nacht sind die verbissensten Föderalisten auf der äußersten Rechten zu begeisterten Anhängern des Einheitsstaates geworden. Die Entwürfe bringen sogar zwei politische Fortschritte, die der Stärkung der Zentralgewalt des Reichs und der Vereinheitlichung unsres ganzen Steuerwesens dienen. Im Reichsbewertungsgesetz wird für alle Vermögenssteuern ein einheitlicher Wertmesser geschaffen. Im Finanzausgleich wird von den Regierungsparteien der Grundsatz der Steuerhoheit des Reiches so stark vertreten, daß ein offener Konflikt mit den Ländern in Aussicht steht. Von der steuerlichen Selbständigkeit der Länder ist überhaupt nicht mehr die Rede. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit diesem politischen Fortschritt ist aber

ein gewaltiger sozialer Rückschritt

verbunden. **Von den sozialen Erwägungen ist in dieser Steuergesetzgebung nichts zu finden.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Als einziger Gesichtspunkt stehen übrig **die Begünstigung der leistungsfähigen Schichten unsres Volkes.** Auch die Steuergesetzgebung liefert den Beweis dafür, daß

die Rechtsparteien bereit sind, alle ihre politischen Ziele preiszugeben, sofern sie materielle Vorteile für den Großbesitz damit erkaufen können.

Nie war ein Augenblick günstiger für die Beseitigung des sozialen Unrechts in unsrer Steuergesetzgebung als der gegenwärtige. Wir haben das Jahr 1924 abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 2 Milliarden Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Davon stammen allein 1600 Millionen aus den Mehrerträgen der Massensteuern. (Hört, hört!) Im Durchschnitt betrug der Ertrag der Massenbelastung 70 Prozent, anstatt der erwarteten 50 bis 55 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) **Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern sind die eigentlichen Träger unsres ganzen Steuersystems geworden,** und künftig sollen sie noch einen weit höheren Ertrag bringen. (Hört, hört! links.)

Es ist davon die Rede gewesen, daß bei der Steuerreform auf das Ausland Rücksicht genommen und die Verpflichtung aus dem Londoner Abkommen unbedingt erfüllt werden müsse. Früher ist ja die Rücksicht auf das Ausland als entwürdigend kritisiert worden, und wenn jetzt das Gegenteil geschieht, dann wird gleichzeitig damit ein Schritt getan, den man als verhängnisvoll bezeichnen muß. In demselben Augenblick, in dem die Regierungsparteien vom Ausland fordern, daß es auf die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Rücksicht nehme, soll durch die **Steuerreform der Entente freiwillig mehr an Zahlungen** dargeboten werden, **als uns durch das Londoner Abkommen** zwangsweise auferlegt sind. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Durch Belastung des deutschen Verbrauchs sollen wir **freiwillig 500 Millionen Mark im Jahre 1926/27 an Mehrleistungen für Reparationen auf uns nehmen.** (Hört, hört!) Dafür besteht keine Notwendigkeit. Wäre es nicht viel zweckmäßiger, das zur Balancierung unsres Etats notwendige Mehrerträgnis an Steuern den Besitzenden aufzuerlegen, und nicht die Mehrlast an die Entente heraufzubeschwören. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Die Behauptung, daß die Besitzbelastung in Deutschland höher ist als in jedem andern Lande, ist falsch. In den wichtigsten Ländern des Auslandes ist die Einkommensteuer das Rückgrat des ganzen Steuersystems. Dagegen ergibt sich für Deutschland die unerhörte Tatsache,

daß die Veranlagungspflichtigen durch die Einkommensteuer weniger zahlen als die Lohnsteuerpflichtigen durch den Lohnabzug.

(Hört, hört! bei den Soz.) Die Lohnsteuer erbringt bei 18 Millionen Lohnsteuerpflichtigen 1500 Millionen Mark, pro Kopf also 83 M., die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen wird bei 7 Millionen Steuerpflichtigen von der Reichsverwaltung auf 500 Millionen geschätzt, das ergibt eine durchschnittliche Steuerbelastung von 71 M. (Hört, hört! bei den Soz.) Es mag großen Kreisen in der deutschen Wirtschaft schlecht gehen. Daß es aber den Selbständigen in Handel, Industrie und Landwirtschaft so schlecht geht, daß ihr Einkommen sich unter dem Niveau der Lohnsteuerpflichtigen befindet, dafür werden Sie kein Verständnis finden.

Redner beweist, daß die Besitzenden von den neuen Steuern Vorteile, die Lohnarbeiter Nachteile haben. Die jetzige Regelung der Steuergesetze muß von den Lohn- und Gehaltsempfängern als

eine Ausnahmegesetzgebung

empfunden werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die stärkste Belastung des Arbeitseinkommens wird aber die künftige Gestaltung der Mietsteuer darstellen. In noch stärkerem Maße als bisher will man den fehlenden Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden durch Belastung der Mieten gewinnen. 1924 war der Gesamtertrag der Hauszinssteuer 982 Millionen, **künftig soll die Last, die auf der Miete ruht, 2½ Milliarden Mark betragen,** also fast das Dreifache. (Hört, hört! bei den Soz.) Schärfer kann die unsoziale Wirkung einer falschen Steuergesetzgebung wohl nicht gekennzeichnet werden. Die jetzt drohende Belastung wird zum größten Teil auf den Beziehern kleiner Einkommen und auf den kinderreichen Familien ruhen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Rentenempfänger, die kleinen Sparer werden nach dieser Steuerreform größere Lasten als bisher zu tragen haben, **gebessert wird lediglich das Los der Hausbesitzer.** Wenn zu diesen neuen Lasten für die Arbeitseinkommen und den Verbrauch noch die Belastung durch die Zölle hinzutritt, dann muß sich eine so starke Steigerung der Lebenshaltungskosten vollziehen, daß die Gefahr der Erschwerung unseres Exports sehr nahe liegt. **Wenn dann Massenarbeitslosigkeit und Verkümmerung der Lebenshaltung die Folge sein wird, dann werden Sie** (nach rechts) **das allein zu verantworten haben.** (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Sozialdemokratie wird jetzt durch Anträge im Plenum den Versuch machen, die Lohnsteuer erheblich zu ermäßigen, die Verteuerung der Lebensmittel durch ihre Befreiung von der Umsatzsteuer entgegenzuwirken. Wir verlangen **Erleichterungen für die freien Berufe, für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand.** Wir verlangen weiter die Besteuerung der Inflationsgewinne, obligatorische Buchprüfungen und Offenlegung der Steuerlisten. **Ein Steuersystem, das mehr als vier Fünftel aller Lasten den Besitzlosen und enteigneten Schichten des Volkes auferlegt, wird dauernd den heftigen Widerstand aller leistungsschwachen Kreise hervorrufen. Die Sozialdemokratie hat alles getan, um ein solches Steuersystem zu verhindern. Aber sie hat die Absicht des Regierungsblocks nach Schonung des Kapitalbesitzes, nach Verringerung der Steuerbelastung der großen Einkommen und stärkerer Belastung des Arbeitseinkommens nicht verhindern können.** Wir lehnen deshalb für dieses Gesetzgebungswerk jede Verantwortung ab. Es ist beherrscht von rein kapitalistischen Erwägungen. Es läßt die sozialen Rücksichten ebenso vermissen wie die Rücksicht auf den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Es zeigt, daß der jetzige Regierungsblock nur das eine Ziel kennt,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250728/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG